

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847**

81 (9.10.1847)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das halbe Jahr vom 1. Juli bis 30. Dezember 1847 im Umfang des Großherzogthums 1 fl. 24 kr. durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

# Die Rundschau.

N<sup>o</sup> 81.

Karlsruhe, Samstag den 9. October

1847.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Carlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt in Carlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 fr. für den Raum der dreispaltigen Petitzeile berechnet.

(Die bayerischen Stände.) Die zweite Kammer hat in die Ausschüsse, denen die Vorberathung der Vorlagen und Anträge obliegen, in überwiegender Anzahl die Führer der früheren Opposition gewählt, deren Stellung zu dem neuen Ministerium sich noch nicht mit Bestimmtheit erkennen läßt, aber bald in's Klare kommen muß. Manche frühere Mitglieder der Ausschüsse wurden übergangen, weil sie unbedingte Anhänger des Ministeriums Abel gewesen waren. Die erste öffentliche Sitzung am 2. October brachte den Bestand der Kammer, die Art und Weise der Bekanntmachung ihrer Verhandlungen, die Vorlagen der Regierung und in einer Adresse die Erwartungen der Stände von dem neuen Ministerium zur allgemeinen Kenntniß. Nach der Mittheilung des Präsidenten (Fehr. v. Rotenhan) sind elf frühere Mitglieder aus der Kammer geschieden, davon fünf durch den Tod, zwei wegen Versetzung, einer wegen Eintritt in den Ruhestand, die übrigen wegen Besitzveränderung. Von 140 Abgeordneten haben sich 134 gemeldet, über die Einberufung oder Beurlaubung der Fehlenden und die neuen Wahlen wurde berathen. — Der Druck und die Veröffentlichung der Verhandlungen soll nach bisheriger Weise stattfinden, und der Berichterstatter Stöckinger (2. Secretär) sprach dabei den Wunsch aus, daß nicht nur, wie zur Zeit der letzten Versammlung, die Mittheilung, sondern auch die Beurtheilung der Verhandlungen in der Presse freigegeben werde. Minister v. Zenetti erklärte hierauf, daß von der Regierung kein Verbot einer freien Besprechung der Verhandlungen ergangen sei. Der erste Secretär, Kirchgessner, bemerkte, daß in der letzten Zeit sogar die Aufnahme einer Bekanntmachung im Regierungsblatt (die Erhebung der Lola Montes zur Gräfin von Landsfeld betreffend), den übrigen Blättern verboten worden sei, mithin der Wunsch für freie Bewegung der Presse um so mehr begründet erscheine. — Die Vorlagen, welche der Verweser des Finanzministeriums, Fehr. v. Zu Rhein, übergab, bestehen in einem Gesetzentwurf über Anleihen für den Eisenbahnbau und in den Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben in dem Jahre 1844 auf 1845, so wie über die Verwaltung und Tilgung der Staatsschulden. Die Anleihen bestehen in 25 Millionen für die Süd-Nordbahn, 1,500,000 fl. für den Anschluß von Lichtenfels bis zur Koburger Grenze, 18,840,000 fl. für die Westbahn von Bamberg über Würzburg und Aschaffenburg (nach Frankfurt), 4,347,000 fl. zum Ankauf und Ausbau der München-Augsburger Bahn, — zusammen 49,687,000 fl. — Diese Anleihen sind in den Jahren 1843 bis 1846 schon bewilligt worden, konnten aber nicht abgeschlossen werden, weil nur ein Zinsfuß von 3½ Procent gestattet, um diesen Preis aber kein Geld zu erlangen war. Jetzt soll die Regierung ermächtigt werden, den Unternehmern

4 Procent zu bieten. Damit aber die neuen Anleihen die älteren nicht drücken und die Inhaber älterer Staatspapiere nicht in Schaden bringen, soll der Zinsfuß der 3½ procentigen Staatsschuld und der Cautionen auf 4 Procent erhöht werden, was zwar einen Mehraufwand von einigen Hunderttausend Gulden erfordert, aber durch die Billigkeit geboten scheint, wenn man die Rücksicht für die Staatsgläubiger höher stellt, als die Rücksicht für die Steuerpflichtigen. —

Der Ausschuss, welcher ernannt worden war, um zu begutachten, ob eine Adresse an den König zu richten sei, und falls diese Frage bejaht werde, einen Entwurf vorzulegen, hatte seine Aufgabe in kurzer Zeit gelöst. Wir haben also hier ein Beispiel dafür, daß eine Kammer das Recht hat, auch in dem Falle, wenn der Landesfürst nicht selbst die Ständerversammlung eröffnet, ihre Wünsche und Begehren vor den Thron zu bringen, ein Recht, welches in München nicht, wie in Karlsruhe bestritten worden ist. Es wurde ferner auf die Ausführung des Abg. Willich anerkannt, daß der Kammer die Entscheidung zustehe, ob die Berathung über die Adresse in öffentlicher oder geheimer Sitzung stattfinden solle, und letztere, wie bisher, beibehalten. Um halb zwölf Uhr wurde sodann die erste öffentliche Sitzung geschlossen und in unmittelbar darauf folgender geheimer Sitzung der Adressentwurf mit Einschaltung eines Tages angenommen. Die Erwartungen, welche die Kammer von der Regierung hegt, sind in folgender Stelle ausgedrückt: „Mit Freuden begrüßt die Kammer der Abgeordneten in den neuen Räten der Krone, als den Vermittlern der in Aussicht gestellten Verbesserungen im Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung, die Hoffnung einer baldigen Verwirklichung schon längst im Geiste Ew. Majestät gereifter Entschlüsse. Zeitgemäße Fortschritte werden die Macht der Krone durch allgemeine und ungetheilte Zustimmung des Volkes stärken, und dem Vaterlande jene hohe Stellung anweisen und sichern, zu welcher es berufen und befähigt ist. — Jede Gefahr für den religiösen Frieden wird um so sicherer beseitigt, je sorgfältiger die Staatsgewalt Glaubens- und Gewissensfreiheit als unantastbare Güter achtet. — Beseitigung mancher Mängel des Wahlgesetzes auf den Grund bisheriger Erfahrungen, Vervollständigung der verfassungsmäßigen Bestimmung über Verantwortlichkeit der Minister, Trennung der Justiz und Verwaltung in den Vollzugsorganen, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, Befreiung der Presse von engherzigen Fesseln, Umwandlung drückender Lasten des Grundeigentums, Achtung der Lehrfreiheit, Hebung des öffentlichen Unterrichts und der Volksbildung werden den Ruhm E. M. erhöhen und Allerhöchst deren getreue Stände werden hiezu mit-

zuwirken stets freudig bereit sein.“ Ein weiterer Abschnitt spricht den Wunsch aus, daß der Zollverein zu einer innigeren Vereinigung aller deutschen Volksstämme führen und daß es gelingen möge, Deutschlands Einheit unbeschadet der Eigenständigkeit der einzelnen Staaten immer mehr zu entwickeln und dadurch Deutschland unter den Mächten Europa's jene Achtung gebietende Stellung zu sichern, die ihm gebührt. — Das fernere Verhalten der Kammer wird zeigen, ob sie hier etwas mehr als bloße Redensarten geboten, oder ob diejenigen recht haben, welche behaupten, daß mit dem Personenwechsel der Ministerien eine Auflösung der Kammer hätte erfolgen sollen.

(Zehn Fragen über Militärzustände.) Unsere Zeit ist die der Kritik, der sich Alles unterwerfen muß, also auch der Militärstand; will er nämlich auf die unverstellte Achtung der übrigen Stände Anspruch machen, und sich nicht dem Verdachte aussetzen, daß er das Licht der Deffentlichkeit in der That zu scheuen hat. Dieser Stand legt aber eine große Empfindlichkeit an den Tag, wenn hin und wieder auf seine eigenen Zustände die Sprache kommt. Diese Scheu, dünkt uns, entspringt meist aus Hinneigung zur lieben alten Gewohnheit; vielleicht auch aus einem gewissen warnenden Instinkt, welcher zuflüstert, daß gar Manches einer gründlichen Prüfung nicht gewachsen ist. Eine solche Aengstlichkeit ist verwerflich, denn sie hält von der genauen Einsicht der vorhandenen Mängel und Fehler ab, und führt zu einer geträumten Vollkommenheit, zu einem unerschütterbaren Selbstvertrauen der Wachparade und Kamasschenwirthschaft wie zur glorreichen Zeit von 1806.

Diese Aengstlichkeit und Reizbarkeit darf uns aber keineswegs abschrecken, solche Zustände, die uns wenigstens als Gebrechen erscheinen, zur Besprechung zu bringen. Durch eine nähere Beleuchtung wird die Wahrheit zu Tage gefördert, das sich vorfindende Gute tritt dann um so heller ans Licht, das Schädliche, das Fehlerhafte wird erkannt, und — wenn der Wunsch nach Vervollkommnung irgend rege ist — auf immer verbannt. Eine solche Besprechung zu veranlassen, ist unser hier vorgesehener Zweck, und wir denken ihn zu erreichen, wenn wir folgende wenigen Fragen stellen, deren genügende Beantwortung unsere bangen Zweifel bald beschwichtigen wird.

1. Was für Fortschritte hat die Vereinbarung in Bezug auf die Wehrhaftigkeit gemacht? Sind jetzt die Mandvrit-Vorschriften, in den drei Staaten des achten Armeecorps zum mindesten, ausgeglichen und vereinfacht?

2. Wie wird unser Heer, für das wir unser theures Geld und unsere wackern Söhne hergeben, im Fall eines ausbrechenden Krieges von den Offizieren des Friedens befehligt werden? Ist die kriegerische Befähigung derselben jetzt schon von der Art, daß sie ein hinreichendes Unterpfand dafür giebt, daß das Blut unserer Kinder nicht aus Mangel an kenntnisreicher Leitung, nur der Unkenntnis, der Rathlosigkeit und der Versäumnis zum Opfer, versprigt wird?

3. Ist der Trieb zu kriegerisch-wissenschaftlicher Ausbildung bei dem jüngern Offizier in dem Maße geweckt, daß dieser der großen Verantwortlichkeit für die ihm auf Gefahr und Tod hin anvertrauten Menschenleben so ganz unbekümmert und sorglos entgegensehen darf?

4. Haben sich die übriggebliebenen Veteranen, welche wäh-

rend der früheren Kriege meist nur niedere Offiziersgrade bekleideten — haben sich diese, fragen wir, in dem Verhältnisse des Vorrückens zu höheren Stufen, weiter fortgebildet, so, daß sie mit ruhigem Gewissen zu sich sagen dürfen: „Ich habe diese Stelle nicht meiner rüstigen Gesundheit und der gnädigen Berücksichtigung meiner Feldzüge allein, sondern auch meiner besonderen Brauchbarkeit zu danken.“

5. Ist dafür Sorge getragen, daß es nicht der Laune der Anciennetät anheimgestellt ist, ob ein befähigter oder beschränkter Kopf einen höheren Posten ausfüllt, und ist eine solche Beförderung nach dem Dienstalter nicht ein Hemmschuh für die weitere Ausbildung bei der Mehrzahl der gewöhnlichen Menschen, welche auch beim Nichtsthun fortavanciren, wenn nur der Kasernen-Katechismus nothdürftig auswendig gelernt ist?

6. Die unüberspringliche Scheidewand zwischen dem Offizier und Unteroffizier — ist sie wohl eine Triebfeder für den Letzteren, die ihn zu fernerer Ausbildung im Frieden und zu großen Thaten im Kriege anregen wird?

7. Die häufigen Abänderungen hinsichtlich der Uniformirung, Bewaffung, Eintheilung u. s. w., welche bis ins Kleinliche heruntergehen — haben sie immer den Vortheil für sich, der in der Einfachheit, Zweckmäßigkeit und Wohlfeilheit von selbst spricht? oder wird dieser krankhafte Wechsel nicht häufig aus Sucht nach Neuem hervorgerufen? Ist es dem badischen Patriotismus nachtheilbringend, bei irgend einer neuen Einrichtung die vorhergegangenen Versuche eines oder des andern großen Staates zu benutzen, um dadurch viel Zeit, Geld und Hin- und Her-Rathen zu ersparen? \*)

8. Was die Rechtspflege betrifft — bieten die Kriegsgerichte eine hinreichende Sicherheit dar, daß der Offizier, welcher nicht wie beim Geschwornengericht nur das: schuldig oder nichtschuldig, sondern auch den Grad der Strafbarkeit zu bestimmen hat — daß er nicht auf Gnade oder Ungnade dem Auditor in die Hände gegeben ist, von dessen Willen oder Nichtwillen, Talent oder Unkenntnis das Meiste abhängt?

9. Gilt das häufige Umstoßen der kriegsgerichtlichen Urtheile von Seiten des Oberkriegsgerichts als eine erhöhte Beweiskraft von deren Untrüglichkeit, und wie oft darf ein solches Umstoßen stattfinden, um jene nicht zur leeren Komödie herabzuwürdigen?

10. Und — um noch auf einen versteinerten Mißstand zu kommen: Ist es vielleicht leeres Hirngespinnst, daß beim Militärstand der Duellant, welcher das Gesetz oft muthwillig mit Füßen tritt, meist besser fährt, als Derjenige, welcher den Boden des Rechts nicht zu verlassen gesonnen ist, indem er den Zweikampf verweigert? — Ersterer, wenn er die kurze Freiheitsstrafe überstanden, erfreut sich dann eines sichern Einkommens und einer gewissen Beförderung; Letzterer hingegen muß, weil er dem Gesetz und der besseren Sitte treu blieb, doch den Kriegsdienst aufgeben und sich anderwärts — oft weit über'm Meer — sein Unterkommen suchen. Zuweilen arbeitet er an einer großen Landstraße Bruder Jonathans, oder steht Schildwache unter der Sonne von Algier oder Batavia. Also die letzte Gewissensfrage: Ist es billig, daß einem Theil der Staatsbürger allen Ernstes das zwar ungeschriebene,

\*) Wir erinnern hier nur an Pulverproben und an ein eigens erfundenes badisches Geschütz, welches letzteres aber wieder in Vergessenheit zu kommen scheint.

aber nichts desto weniger doch thatsächlich bestehende Verlangen gestellt wird: „Uebertretet getrost das für alle Staatsbürger geltende Landesgesetz, dann aber, wenn die That geschehen, laßt Euch geduldig abstrafen, wir wollen nichts von unserm Mephisto-Rathe weiter wissen; wagt Ihr es aber, unserm stillen Wunsche nicht zu gehorchen, so werdet Ihr als Pestbeule ausgestoßen.“ Wer ist hier oft der Arm — wer das Messer bei der That??

Mannheim, 7. October. Die Nachrichten über Wahlmännerwahlen, welche uns bis jetzt zugekommen sind, bestätigen die Erwartung, daß die liberale Gesinnung und das bürgerliche Element in der Kammer wie im Volke keine Einbuße erleiden, eher noch mit vermehrter Kraft auftreten werden. Abgesehen von den Bezirken, deren Farbe längst Probe gehalten, sind auch in anderen, die seit längerer oder kürzerer Zeit durch Verzicht auf liberale Wahlen besser für sich zu sorgen geglaubt hatten, Anzeichen einer Wendung zum Besseren wahrzunehmen. Haben die Vorstände der Staatsverwaltung das Bedürfnis gefühlt, über Zustände und Stimmung im Lande durch unmittelbares Benehmen mit den Bürgern Auskunft zu schöpfen, so wird die Zusammensetzung der Kammer zeigen, daß auch die Wähler das Bedürfnis fühlen, sich durch liberale, unabhängige Männer vertreten zu sehen. Es ist Aussicht vorhanden, daß selbst die Stadt Freiburg, so wie der Bezirk Schwellingen-Philippsburg, in diesem Sinne wählen werden. In der Stadt und dem Landbezirk Bruchsal, deren Abgeordnete ihre Stellen niedergelegt, wo also die früheren Wahlmänner die Ersatzwahlen vorzunehmen haben, war je ein Wahlmann abgegangen; beide Stellen, in einem städtischen Distrikte und in Langenbrücken, sind, im Gegensatz zur vorjährigen Wahl, mit liberalen Männern, und zwar beinahe einstimmig besetzt worden. In Tauberbischofsheim, wo ebenfalls eine Ersatzwahl durch die früheren Wahlmänner vorzunehmen ist, zeigt sich unter dem Volke eine noch nie dagewesene Theilnahme und der lebhafteste Wunsch, daß ein liberaler Deputirter gewählt werden möge, — ein Wunsch, der einen Fortschritt in der Gesinnung der dortigen Bevölkerung anzeigt, welcher sich für jetzt nur in so weit bethätigen kann, als er die Wahlmänner auf die moralische Verantwortlichkeit aufmerksam macht, welche sie gegen die Urwähler haben. Es leidet kaum einen Zweifel, daß, wenn allgemeine Wahlen vorzunehmen wären, die linke Seite der Kammer auf dem bevorstehenden Landtage noch stärker als auf dem letzten vertreten sein würde.

Hier beginnen morgen die Wahlen im ersten Distrikt. Der am letzten Sonntage im Aulasaale gewählte Ausschuss hat die aus seinen Berathungen mit vielen Bürgern hervorgegangenen Vorschläge in den Zeitungen bekannt gemacht. Man wird daher bald erfahren, auf welcher Seite die Mehrheit ist. Das vorjährige Centralwahlcomité hält sich diesmal im Hintergrunde und schiebt seine „Bürger im engern Sinne“ vor, welche bei ihm Verhaltungsbefehle einholen und Bericht abwarten. Es liegt diesem Verfahren das richtige Gefühl zu Grunde, daß gewisse Stellungen bei den Wahlen kein Glück machen, wenn sie ihren Einfluß unmittelbar fühlen lassen. Aber auch die Mittelpersonen richten nichts aus, so lange die Sache, für welche gewirkt werden soll, keine bessere ist, so lange dieselbe nicht offen hervortreten, sondern nur durch Täuschung

Erfolge suchen kann. In auffallendem Gegensatz zu der Ruhe und Sicherheit der Liberalen, steht die Hast, die Nengstlichkeit, das verzweifelte Siegesgeschrei vor der Schlacht, welches jetzt, wie seit Jahren, das Wahrzeichen der Rückschrittpartei ist. Es ist übrigens aus den eigenen Worten ihrer Organe herauszulesen, daß sie das Schicksal ihrer Bemühungen ahnt, und keinen andern Lohn erwartet, als den sich ihre verlorenen Schildwachen für ihre Mühe bedungen haben mögen.

Am Schlusse eines Artikels, in welchem die Polizei gelobt wird, daß sie die Versammlung im Aulasaale nicht verbot, in welcher die „Radikalen“ das Unglück hatten, in kurzer Zeit einstimmig einen Wahlauschuss zu ernennen, prophezeit sich der „engere Sinn“ den Sieg in dem bevorstehenden Wahlkampfe: wenn er sich ermanne, wenn er sich nicht einschüchtern lasse, wenn er am Wahltag erscheine...

Der Mann, der das Wenn und das Aber erdacht,  
Dat sicher aus Härtling Gold schon gemacht.

In einem zweiten Artikel ist der „engere Sinn“ weit entfernt, darauf zu zählen, daß er bei den „heutigen Wahlen“ schon siegen werde, denn noch fehle es ihm an sehr geübten Führern, noch sei er nicht gehörig organisiert, noch gebreche es ihm an bürgerlichem Muthe u. s. w. Aber noch köstlicher als das Klagegedicht nach der bedingten Siegeshoffnung, ist das Eingeständniß, daß sein Sieg sicher wäre, „würden sich einige anerkannte Namen an die Spitze der Bewegung stellen.“ Da liegt allerdings der Schlüssel des Räthfels. Wer möchte aber an die Spitze treten, wo die Herren „Committenten“ selbst sich für die Ehre bedanken? Sind etwa die Namen der Herren „Adrian und Berberich“ nicht anerkannt genug? Der „engere Sinn“ schildert in ergreifenden Zügen die Leidensgeschichte seiner beiden Märtyrer, und behauptet unter Anderm: man habe sich alle mögliche Mühe gegeben, um Gläubiger dieser beiden Bürger ausfindig zu machen, die sie incommodiren sollten! allein nach glaubhaften Nachrichten haben die Bemühungen der Gläubiger keinen politischen Grund, und nur darin Aehnlichkeit mit manchen politischen Wünschen, daß sie vergeblich sind.

Vergeblich sind, nach eigenem Eingeständniß und bei solchen Bestandtheilen, die Anstrengungen der Rückschrittpartei bei den hiesigen Wahlen. Ihr Comité ist zum Ueberflus noch unter sich zerfallen, und die Artigkeiten, welche sich die einzelnen Mitglieder unter einander sagen, liefern den Stoff zu erheiternden Anekdoten. Der neue Plan, den Manövern gegen das liberale Bürgerthum einen „bürgerlichen“ Anstrich zu geben, ist eben so verfehlt wie die früheren, denn der „engere Sinn“ ist ein Ausfluß derselben Richtung, welche gegen die bürgerliche Theaterverwaltung, gegen die Verwaltung des katholischen Bürgerhospitals, gegen den Gemeinderath, gegen die Ausschusswahlen, kurz, gegen Alles, was von der Bürgerschaft ausgeht, zu Felde zog, und Jedermann weiß, wo die Fäden zusammenlaufen, an denen die Marionetten „im engern Sinn“ gegängelt werden.

Karlsruhe, 8. October. Bei der heute stattgefundenen Wahl eines ersten Bürgermeisters für hiesige Stadt fielen 101 Stimmen auf Herrn Stadtverordneten Daler, 51 auf Herrn Hofgerichtsassessor Lamey in Mannheim und 3 auf Herrn Fabrikanten Griesbach.

## Verschiedenes.

— Zu Präsidenten der bayerischen zweiten Kammer sind Freiherr v. Rotenhan und Graf Hegnenberg ernannt, welche unter den sechs Candidaten die meisten Stimmen erhalten hatten; zum Vicepräsident der Reichsräthe ist Fürst Wallenstein erkoren. Die Eröffnung der Ständeversammlung durch den Prinzen Luitpold hat am 29. September stattgehabt.

— Am 27. September gab der König von Preußen dem Adel und den höheren Beamten im Schlosse zu Münster große Tafel, wozu der Landrath zu Hagen, der Deputirte Freiherr v. Winke nicht eingeladen wurde.

— Vierzig Ritter aus der Kur- und Neumark haben sich in einer Adresse an den König gegen die constitutionelle Majorität des Vereinigten Landtages ausgesprochen und eine huldvolle Antwort erhalten.

— Die Bahn von Offenbach nach Frankfurt ist bisher für den Gütertransport nur provisorisch, für den Personentransport gar nicht benutzt worden. Nun soll auch der Gütertransport wieder eingestellt werden, weil zwischen den Regierungen von Frankfurt und Hessen Streit besteht. Frankfurt, heißt es, verlange den Vollzug der Verträge wegen der Main-Neckarbahn. Hessen büßt also jetzt bei Offenbach, was es an Mannheim verbrochen.

— Der Landrath der bayerischen Pfalz hat angetragen, die Trennung der Schulen nach Bekenntnissen aufzuheben, weil dadurch den Gemeinden und den Kreisfonds große Belastungen erwachsen.

— Die bayerischen Städte Dinkelsbühl, Feuchtwangen und Wassertrüdingen haben auf Ansuchen die Erlaubniß erhalten, Beiträge für Beseler zu sammeln, damit er seine Advokatenstelle niederlegen und in die schleswig'sche Ständeversammlung eintreten könne.

— Die Versammlung der Germanisten in Lübeck hat sich entschieden für das Geschwornengericht ausgesprochen; selbst Männer, die früher anderer Ansicht gewesen, haben sich von der Vorzüglichkeit desselben überzeugt.

— In Freiburg (Schweiz) haben drei Soldaten versucht, einen der Murtener Gefangenen, den ehemaligen Staatsanwalt Fröhlicher, zu befreien. Sie wurden aber entdeckt und der Gefangene, dessen Gesundheit stark gelitten hat, erleidet nun strengere Haft.

— Die Amerikaner unter General Scott haben Mexiko eingenommen, nachdem sie in zwei blutigen Schlachten die Feinde, die von Santa Anna und Valencia angeführt waren, geschlagen hatten.

— Nach einem Schreiben von der Ober im österreichischen Lloyd und einem andern aus Guden im rheinischen Beobachter sollen die Aussichten für den Beitritt von Hannover zum Zollverein wieder besser sein. Nur die Beamten seien noch dagegen, weil die französischen Weine und die englischen Stoffe aufschlägen würden, die Besoldungen aber unverändert blieben. In Ostfriesland besonders werde der Anschluß lebhaft gewünscht. Die dortigen Häfen und die vielen Schiffe (500 Seeschiffe, 800 Fluß- und Kanalschiffe) erwarten große Vortheile davon; der Ueberfluß an Getreide und Schlachtvieh könnte mittelst des Embankals und der Eisenbahn nach Westphalen, dem Bergischen und dem Rhein gebracht und gegen die dortigen Weine und Fabrikate ausgetauscht werden.

— Pfarrer Wislicenus hat seinen Austritt aus der

evangelischen Landeskirche gerichtlich angezeigt und sich unter den Schutz des königlichen Patents vom 3. März (des sogenannten Toleranzedicts) gestellt. Jetzt darf er unangefochten lehren, so fern er nur die übrigen christlichen Bekenntnisse nicht angreift. — Am 26. September feierte die freie Gemeinde in Halle ihr erstes Stiftungsfest. Dabei waren fünf protestantische und ein römischer Geistlicher anwesend, die wegen ihrer Ueberzeugung ihres Amtes enthoben oder entsetzt sind (zwei Brüder Balzer, Giese, Scholl, Wislicenus und Horarik). Eine Vereinigung der protestantischen Freunde, der freien Gemeinde und der Deutschkatholiken in Halle steht nahe bevor.

— Die Kaufmannschaft von Amsterdam hat bei der Regierung angetragen, den Zollverein im Verkehr mit Holland den am meisten begünstigten Nationen gleichzustellen; die Regierung läßt Untersuchungen über die so lange vernachlässigten Sandbänke und Leinpfade des niederländischen Rheines und der Waal anstellen. — Dies kommt von der Besorgniß, der Verein werde endlich durch einen Aufschlagszoll auf Java-Kaffee und Zucker beweisen, daß er sich nicht länger von Holland in seinen wesentlichsten Interessen beeinträchtigen lasse.

— In Aargau war in den letzten Tagen des September eine Zusammenkunft von Gesandten mehrerer Kantone, um über die Zollvereinigung zu berathen. Dabei waren vertreten die Kantone Bern, Zürich, Solothurn, Aargau, Basel (Stadt und Land), Schaffhausen, Thurgau, St. Gallen, Graubünden, Glarus und Appenzell A. Rh.

— Die Zeitungen bringen Berichte über die Bewegung der Cholera, wonach die Seuche in einer langen Linie, die sich von der Grenze Polens bis Kleinasien erstreckt, nach Westen vorrückt.

— In Oberhessen haben 16 Orte beschloffen, Orts-Fruchtmagazine anzulegen. Sie wollen dadurch die ängstlichen Gemüther beruhigen und den Einwohnern Gelegenheit geben, kleine Quantitäten Getreide in Orte selbst zu verkaufen, ohne auf den Markt fahren oder mit den Zwischenhändlern verkehren zu müssen.

## Personenfrequenz und Einnahme der großh. badischen Eisenbahn im Monat August.

Von 283,530 Personen, welche die Hauptbahn auf den Stationen von Mannheim bis Schliengen befuhren, wurden bezahlt . . . . .	168,080 fl. 30 fr.
Unterwegs erhobene Fahrtaren . . . . .	297 „ 32 „
Gepäckstaren . . . . .	14,032 „ 6 „
Lagergebühren . . . . .	160 „ 15 „
Equipagentransportaren . . . . .	5,663 „ 12 „
Viehtransportaren . . . . .	2,556 „ 17 „
Gütertransportaren von 210,466 Centner 16 Pfd. auf den verschiedenen Stationen angekommenen und abgegangenen Gütern	64,479 „ 52 „
	255,269 fl. 44 fr.

Die Zweigbahn von Mannheim nach Friedrichs-  
feld, in Verbindung mit der Main-Neckarbahn  
ertrug, bei der Frequenz v. 14,467 Personen 2,392 fl. 6 fr.  
zusammen 257,661 fl. 50 fr.

Unter Verantwortlichkeit der Verlagsbandlung.